Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

110 (12.5.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 110 — Donnerstag, den 12. Mai 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Im Reichstag hielt Reichskanzler Dr. Brüning eine Rede über Reparations- und Abrüstungsfragen.

*

Dem von der britischen Regierung für die Lausanner Konferenz vorgeschlagenen Programm haben auch Belgien und Italien ihre Zustimmung gegeben.

*

Der französische Botschafter stattete dem Reichspräsidenten einen Besuch ab, um Dank zu sagen für die anläßlich des Todes Doumers bekundete Anteilnahme.

*

Der deutsche Botschafter von Hoesch hat im Elysee drei Kränze niederlegen lassen.

*

Der französische Dampfer „Arez" ist nördlich von Quessant auf ein Riff aufgelaufen.

*

Die englische Regierung hat dem Völkerbundsrat in einer Denkschrift weitgehende Sparmaßnahmen im Völkerbundshaushalt empfohlen.

*

Wie das japanische Außenministerium mitteilt, ist die Zurückziehung der japanischen Truppen aus Schanghai beschlossen worden, um der Welt zu beweisen, daß Japan keine gebietsmäßigen und anderen Ziele in Schanghai verfolge. Die Truppenzurückziehung soll in einem Monat durchgeführt sein.

Die stürmische Sitzung vom Dienstag

Eineinhalb Sitzungstage hat es der Reichstag fertiggebracht, in den Formen zu verhandeln, die früher einmal die guten parlamentarischen Formen genannt wurden. Als aber das Verbot der nationalsozialistischen Sturmabteilungen und Schutzstaffeln zur Erörterung kam, wiederholten sich die üblichen Sturmszenen der letzten Tagungsabschnitte im verstärkten Umfange, und es kam zu Krach und Ausweisungen. Der nationalsozialistische Abgeordnete Göring begründete dann kurz den Mißtrauensantrag, den seine Partei gegen das Gesamtkabinett gestellt hat, um darauf in längeren Ausführungen die Aufhebung des Verbots der nationalsozialistischen Sturmabteilungen zu fordern. Zu den **ersten Lärmszenen** kam es, als Göring in seiner Rede den Sozialdemokraten den Vorwurf des Landesverrats machte und damit stürmische Protestkundgebungen der Angegriffenen hervorrief. Die von Göring gestellte Frage, ob der deutsche Botschafter in Paris nicht durch Telegramme die Aufhebung der SA. als außenpolitisch notwendig gefordert habe, wurde von Reichskanzler Dr. Brüning sofort durch eine Zwischenbemerkung verneint. Im Verlauf der Göring-Rede kam es noch wiederholt zu lärmenden Auseinandersetzungen zwischen den Nationalsozialisten und ihren Gegnern von links. Mit lauten Protestrufen begrüßten die Nationalsozialisten den Berliner Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß, als dieser in der Nähe des Reichsratstisches sichtbar wurde. Vizepräsident Esser mußte wiederholt mit Ordnungsrufen eingreifen. Der Lärm steigerte sich zum **wilden Tumult**, als Reichsinnenminister Gröner in seiner Erwiderung auf die Rede des Abgeordneten Göring das Verbot der SA. verteidigte. In dem allgemeinen Lärm waren Strassers folgende Ausführungen im Präsidium dahin verstanden worden, daß er dem Minister Gefährdung der öffentlichen Ordnung vorwerfe. Vizepräsident Esser verfügte aus diesem Grunde die Ausweisung Strassers aus dem Saale, eine Maßnahme, auf die die Nationalsozialisten mit so großen Lärmkundgebungen antworteten, daß die **Sitzung unterbrochen werden mußte.** Bei dieser Eröffnung nahm der Vizepräsident nach der inzwischen erfolgten Feststellung des Wortlauts der Strasserschen Bemerkung die Ausweisung zurück und begnügte sich mit einem Ordnungsruf gegen Strasser. Nach dem Sturm konnte in größerer Ruhe der Zentrumsabgeordnete Dr. Bell die Stellung seiner Fraktion zu den politischen Tagesfragen darlegen. Er lehnte eine Aufhebung des SA.-Verbots ab und richtete an die Opposition die Mahnung, sich größerer Sachlichkeit zu befleißigen, damit in dieser schweren Zeit das deutsche Volk sich wie in den Augusttagen von 1914 zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden könne.

*

Wirtschaftsparteiliche Mißtrauensanträge gegen die Reichsminister Schiele und Schlange-Schöningen

Berlin, 11. Mai. In parlamentarischen Kreisen des Reichstages wirkte ein Beschluß der Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei als Sensation, der dahin geht, daß die Wirtschaftspartei, die bisher immer alle Mißtrauensanträge gegen das Kabinett Brüning abgelehnt hatte, jetzt **eigene Mißtrauensanträge** gegen die beiden von der Landvolkpartei gestellten Reichsminister, den Ernährungsminister Schiele und den Minister für die Osthilfe, Schlange-Schöningen, einbringen werde. Wie das Nachrichtenbüro des VdZ. hört, sind jedoch diese wirtschaftsparteilichen Anträge nicht gegen das Kabinett Brüning gerichtet, sondern als Demonstration gegen die Landvolkpartei gedacht, weil das Landvolk, obwohl zwei seiner Parteimitglieder dem Reichskabinett angehören, dennoch den Mißtrauensanträgen gegen die Regierung Brüning bisher zugestimmt habe. Die Abstimmung soll am Donnerstag vormittag stattfinden.

Deutscher Reichstag

Der Reichskanzler zur Reparations- und Abrüstungsfrage

Berlin, den 11. Mai 1932

Auf der Tagesordnung steht zunächst die **dritte Beratung des Schuldentilgungsgesetzes.**

Abg. **Reinhardt** (NS.) nennt das Gesetz stümperhaft und widerlich. Wer diesem Gesetze zustimmt, der stimme damit für eine Verfassungswidrigkeit. Wenn dieses Gesetz angenommen wird, dann sei die Reichsschuldenverwaltung genötigt, weitere Schuldausfertigungen zu verweigern. Die Begründung der Vorlage enthalte grobe Fehler und Unwahrheiten. Der Reichsfinanzminister habe den Münzumlauf um 400 Millionen RM. erhöht und damit eine neue Silberinflation geschaffen, ohne daß dadurch neue Werte geschaffen wurden. Diese Finanzpolitik beruhe auf Unwahrheit und Schwindel. (Beifall bei den Nationalsozialisten.) Präsident Löbe ruft den Redner wegen seiner letzten Ausdrücke zur Ordnung.

Reichsjustizminister Joel

bestreitet, daß das Kreditverfahren der Regierung und das neue Gesetz verfassungswidrig seien. Grundsätzlich sei der Reichspräsident berechtigt, auf Grund des Artikels 48 alle Maßnahmen zu treffen, die im Wege der ordentlichen Gesetzgebung getroffen werden können, die ganze Rechtsentwicklung hinsichtlich des Artikels 48 zustandezubringen. Es wäre auch möglich, durch Notverordnung dem fehlenden Ausführungsgesetz vorzugreifen. Das ist durch verschiedene Notverordnungen schon geschehen, beispielsweise der Verfassungsbestimmung gegenüber, daß niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden darf oder der Freizügigkeitsbestimung gegenüber. (Unruhe bei den Nationalsozialisten.) Präsident Löbe ruft den Abgeordneten Frank II zur Ordnung, nachdem er ihn wiederholt vergeblich zur Ruhe ermahnt hat.

Minister Joel bestreitet weiter, daß das Etatsrecht des Reichstages durch die Maßnahmen der Regierung verletzt worden sei. Bei Kenntnis der neueren staatsrechtlichen Literatur werde Abgeordneter Reinhardt sicherlich seine Vorwürfe als unberechtigt zurücknehmen. Heute sei es wahrhaftig kein Vergnügen, das dornenvolle Amt eines Reichsministers zu versehen. Die dritte Beratung des Gesetzes ist damit beendet.

Hierauf wird **die allgemeine politische Aussprache fortgesetzt.**

Abgeordneter Emminger (B.Vp.)

wendet sich gegen die Bemerkung des Abgeordneten Göring, daß das Brüning-Kabinett Illusionspolitik treibe. Mit so brutaler Offenheit habe noch kein Reichskanzler und kein Finanzminister dem Volk die Wahrheit gesagt, wie Brüning und Dietrich. Dennnoch seien weite Kreise des Volkes sich noch immer nicht über den vollen Ernst der Lage klar. Die Währungsfrage sei nicht nur wirtschaftlicher Natur und jedes Verlassen der Goldwährung würde auch schwere psychologische Erschütterungen in unserem Volke hervorrufen. Die Anträge der Opposition auf Streichung der Tribute seien ein Schlag in die Luft, denn angesichts der Lage unserer Wirtschaft sei in Deutschland keine Regierung möglich, die die Weiterzahlung der Reparationen zugeben wollte. Die in England und anderen Ländern fortschreitende Entwicklung zur Abschließung werde auch Deutschland zwingen, sich in seiner Wirtschaft auf den Binnenmarkt umzustellen, selbst wenn man grundsätzlich kein Freund der vollkommenen Autarkie sei. Für die Landwirtschaft habe das Kabinett Brüning getan, was möglich war. Die Nationalsozialisten aber hätten dagegen gestimmt. (Unruhe bei den Nationalsozialisten.) Das vom Abgeordneten Strasser vorgetragene Arbeitsbeschaffungsprogramm der Nationalsozialisten lehnt sich eng an die Pläne, die im Reichskabinett erörtert werden, an. Für die Durchführung wußte er keine plausible Lösung anzugeben. Das SA.-Verbot war notwendig, denn gerade wir in Bayern haben die Putschvorbereitungen Hitlers Privatarmee beobachten können. Wir billigen auch das Verbot der kommunistischen Gottlosenorganisation. Die Amnestieanträge lehnen wir ab.

Abg. Rippel (Chr.Soz.):

Das vom Abg. Strasser vorgetragene nationalsozialistische Sozial- und Wirtschaftsprogramm enthält viele gute Forderungen, die wir schon vor 20 und mehr Jahren vertreten haben. Es brachte aber auch überalterte Forderungen, die in die heutige Zeit nicht mehr hineinpassen. Das verächtliche Beiseiteschieben der kleinen Parteien steht den Nationalsozialisten schlecht an, die noch im letzten Reichstag eine 12-Männer-Gruppe waren. Sie haben mit Demagogie und bewußten Unwahrheiten gegen unseren Volksdienst gearbeitet, aber wir gehen unbeirrt unseren Weg, denn wir glauben an den Sieg der Wahrheit. Während die Nationalsozialisten immer vom freien Volksstaat reden, hat Geheimrat Hugenberg einer deutschnationalen Landtagskandidatin gesagt, das alte preußische Drei-Klassen-Wahlsystem müsse wieder eingeführt werden. (Hört, hört!) Ueber alle Parteidifferenzen hinweg sollte sich der Reichstag zusammenfinden zu einer einheitlichen Willenskundgebung in der Tributfrage. Das Kabinett Brüning hat dem deutschen Volke Opfer auferlegt bis zum Weißbluten und das deutsche Volk hat diese Opfer gebracht in der Erwartung, daß nun endlich die Welt unsere Lage berücksichtigen und den Kurs gegen Deutschland ändern wird. Diese Erwartung ist bisher durch Frankreichs Schuld enttäuscht worden. Der Hauptzutreiber der radikalen deutschen Parteien ist Frankreichs unerbittliche Tribut- und Sklavenpolitik. Dieser Politik wird der Reichskanzler in Lausanne das klare deutsche Nein entgegensetzen. Wir unterstützen die Regierung, solange sie an ihrem Nein festhält.

Abgeordneter Dr. Hugo (D.Vp.):

Mit den Reparationen muß nun endgültig Schluß gemacht werden, damit die Weltwirtschaft wieder in Ordnung gebracht werden kann. Wir begrüßen die klaren Ausführungen, die der Reichskanzler am letzten Sonntag gemacht hat. Wir wollen abwarten, was er in Lausanne und Genf zur Erreichung des von ihm gekennzeichneten Zieles unternehmen kann. Wir freuen uns über das ehrliche Nein, das er in der Tributfrage gesprochen hat. In den außenpolitischen Forderungen gibt es jetzt in Deutschland überhaupt keine Gegensätze zwischen den Parteien. Leider wird diese Einmütigkeit aber dem Auslande nicht sichtbar infolge der Maßlosigkeiten, mit denen manche Oppositionsparteien auftreten. Wir von der Deutschen Volkspartei stehen zum Kabinett in Opposition, aber wir lassen uns dadurch nicht von der einheitlichen außenpolitischen Linie abdrängen. Das Programm des Abg. Strasser leidet an der Ueberschätzung der Staatsmacht. Es leidet auch unter der Illusion, als könnte auf dem dürftigen Boden Deutschlands eine Autarkie durchgesetzt werden. Ueber die wirtschaftlichen Tatsachen setzt sich Strasser mit schönen Gefühlen hinweg, aber die Wirtschaft arbeitet mit dem Rechenstift. Das gilt auch für die nationalsozialistische Forderung der Zinssenkung. Solange das Kapital nicht sicher arbeiten kann, werden wir von den hohen Zinsen nicht herunterkommen. Es ist zu wünschen, daß die Nationalsozialisten, die bisher nur von Illusionsagitation gelebt haben, auch einmal die Verantwortung tragen müssen. Sie haben zwar in den letzten Wahlen den Sieg errungen, aber ihre Bewährung sollen sie erst beweisen. (Beifall.)

Abgeordneter Dr. Heuß (St.P.):

Wir haben es begrüßt, daß der Abgeordnete Strasser den Schleier von dem Panorama der deutschen Zukunft, wie es sich die Nationalsozialisten denken, gezogen hat. Jetzt kann man sich endlich mit dem nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramm und seinen sozialpolitischen Konsequenzen beschäftigen. Der Abg. Göring hat in seinen Ausführungen über die Abrüstungskonferenz gar nicht erkannt, wie vorteilhaft es für uns war, daß vom Vertreter eines Staates, der selbst das Versailler Diktat mitgeschaffen hat, die Revisionsbedürftigkeit dieses Diktates in Lausanne betont wurde. Es ist auch erfreulich, daß das Auslandsecho zu den Fällen Danzig und Memelland bewiesen hat, wie sehr diese Fragen schon als europäische Fragen betrachtet werden.

Reichskanzler Dr. Brüning:

Ich will hier nur sprechen über **Reparations- und Abrüstungsfragen** und werde alle weiteren Fragen in den morgigen Verhandlungen des auswärtigen Ausschusses erörtern. Im Gegensatz zu dem schleppenden Verlauf der fünfjährigen Vorkonferenzen läßt sich feststellen, daß auf der Abrüstungskonferenz in Genf der Wille zur wirklichen Abrüstung viel stärker zur Geltung kommt. Bei der Aussprache mit den Staatsmännern hat sich auch gezeigt, daß bei den Großmächten eine starke Annäherung an den deutschen Standpunkt zu verzeichnen ist. Es gibt allerdings bei anderen Nationen Auffassungen, die noch zu ernsten und schweren Auseinandersetzungen im Laufe der nächsten Wochen führen werden. Wir können ihnen mit Ruhe entgegensehen im Vertrauen auf die Gerechtigkeit unserer Sache. (Beifall.) Wir brauchen die Verantwortung für unsere Haltung vor der Welt nicht zu schauen. **Abrüstung, Reparationen und Weltkrise können nicht voneinander getrennt werden** und sind so wichtig, daß von ihnen aller Voraussicht nach das Schicksal der Welt für lange Zeit bestimmt werden wird. (Beifall.) In dieser Hinsicht ist die Aufgabe der Abrüstungskonferenz eine Weltaufgabe geworden.

Die **Abrüstungsfrage ist ein Problem, das alle Länder berührt.** Für Europa hat aber die Problemstellung auf der Abrüstungskonferenz noch ihre ganz besondere Bedeutung. Es ist falsch, wenn man es so darstellt, als ob in Europa erst jetzt mit der Durchführung der Abrüstung begonnen würde. Begonnen hat man damit — und zwar in beispiellos drastischen Formen — vor zwölf Jahren, als man **Deutschland** und seine ehemaligen Verbündeten zwecks Einleitung der allgemeinen Abrüstung **zur Entwaffnung zwang.** (Lebhafte Zustimmung.) Nur ist man bei diesem Anfang stehengeblieben, ohne daraus die unbedingt notwendigen selbstverständlichen Folgerungen zu ziehen. (Erneute Zustimmung.) Aus diesem Aussetzen des Abrüstungsverfahrens und einem fast vollständigen Einschlafen des Abrüstungswillens ist die ungeheure Disparität der Rüstungen entstanden, die zu einer steigenden Spannung der politischen Atmosphäre in der ganzen Welt führte. (Lebhafte Zustimmung.) **Europa** ist heute trotz Entwaffnung Deutschlands und seiner ehemaligen Verbündeten **der höchstgerüstete Kontinent,** der im Verhältnis zur Vorkriegszeit nicht nur keine Rüstungsminderung, sondern im Gegenteil eine **Erhöhung der Schlagkraft und Kriegsbereitschaft seiner Heere vorgenommen und seine Rüstungsausgaben fortdauernd gesteigert hat.** (Sehr wahr bei der Mehrheit. — Rufe bei den Kommunisten: Trotz des Völkerbundes!) **Dieser Zustand kann nicht länger dauern.** Aus diesem Rahmen ergeben sich die **deutschen Abrüstungsforderungen** von selbst. Was wir wollen, ist die **allgemeine Abrüstung** und die **Wiederherstellung einer Gleichberechtigung.** Diese beiden Ziele sind so eng miteinander verbunden, daß sie ein einziges Ziel darstellen: **Deutschlands Gleichberechtigung durch allgemeine Abrüstung.** (Zustimmung bei der Mehrheit. — Rufe bei den Kommunisten: Aufrüstung.) Schon beginnen die Völker ungeduldig zu werden. (Sehr richtig.) Die Völker untereinander haben Vertrauen, mögen die Regierungen in ihrer amtlichen Politik endlich die Wege finden und die Brücken betreten, die von Volk zu Volk bereits heute vielfach geschlagen sind. (Beifall in der Mitte.) Darüber muß man sich klar sein, daß ein Scheitern der Konferenz von den weittragendsten politischen Folgen auch auf anderen politischen Gebieten sein müßte und sich unmittelbar auch auf die Wirtschaftslage in verhängnisvoller Weise auswirken würde.

In den einzelnen Ländern hat die Krise ihren verhängnisvollen Fortgang genommen. Wir wollen jetzt nicht nach den Ursachen der **Weltkrise** suchen, nachdem so viele Regierungskonferenzen dazu stattgefunden haben und die **Notwendigkeit durchgreifender Maßnahmen** betont worden ist. (Sehr wahr bei den Rechtsparteien.) Man muß jetzt auch hier zu Entscheidungen kommen. Ein britischer Staatsmann, einer der Väter des Ver-

sailler Vertrages, hat gesagt, daß es vor zehn Jahren noch zu früh für den gesunden Menschenverstand war, sich durchzusetzen, daß er sich aber frage, ob es jetzt dazu nicht schon zu spät sei. Wie lange wollen die Regierungen ihre Entschlüsse hinausschieben, wenn die Warnungen, daß es zu spät werden könnte, nicht zur Wirklichkeit werden sollen?

Die Blicke der Welt sind jetzt **auf Lausanne** gerichtet. Die Auffassung der Reichsregierung ist in der Welt bekannt; seit Februar hat sich an ihr nichts geändert. Diese Auffassung hat auch im breiten Maße an Boden gewonnen, auch in den Gläubigerländern. **Eine völlige Streichung der politischen Schulden ist die wichtigste Voraussetzung für die Rettung aus der jetzigen Not und für einen neuen Aufstieg. Die Trennung zwischen Schuldner- und Gläubigerländern muß aus der internationalen Politik verschwinden;** erst dann ist der Weg für Zusammenarbeit zwischen den Völkern frei und wenn alle politischen Schulden gestrichen sind, wird jedes Land reicher sein als vorher. (Zustimmung.) Freilich ist das noch **nicht der Standpunkt aller beteiligten Regierungen.** Sie geben zum Teil zwar zu, daß Reparationen nicht gezahlt werden können, hoffen aber doch, daß Deutschland nach einigen Jahren die Zahlung wieder aufnimmt oder mindestens noch eine Restzahlung, **eine Abschlagszahlung** leistet. Wer das erwartet, bedenkt nicht, daß Voraussetzungen, von denen künftige Zahlungen abhängig würden, in Wahrheit gar nicht vorstellbar sind. Noch vor wenigen Tagen hat ein amerikanischer Politiker es klar ausgesprochen, solange 70 Prozent des Weltgoldvorrates im Besitze Frankreichs und der Vereinigten Staaten sind. Ebenso deutlich spricht die **Umwälzung in den Handelsbilanzen.** Während die deutsche Handelsbilanz bisher stets passiv war, ist in den letzten beiden Jahren eine enorme Aktivierung der deutschen Handelsbilanz erzwungen worden. Umgekehrt ist in Frankreich eine Passivität der Handelsbilanz von 2 Milliarden Mark anstelle der früheren Aktivität getreten. In den Vereinigten Staaten ist heute nur eine ganz geringfügige Aktivität vorhanden. Welche Länder werden aber in Zukunft bereit sein, die deutschen Ausfuhrgüter in dem notwendigen Ausmaß aufzunehmen, ohne uns Anleihen zu gewährleisten? Ueberall sehe ich nur das Gegenteil einer solchen Bereitwilligkeit. Eine wesentliche Folge der bisherigen Entwicklung ist die **Erschütterung des Kredits.** Diese Absperrung richtet sich in erster Linie immer wieder gegen Deutschland. Ich stehe nicht an, einzugestehen, daß **Deutschland selbst eine Regelung des Devisenverkehrs eingeführt hat. Das ist aber nicht zur Regelung der Handelsbeziehungen geschehen, sondern auf Drängen unserer Gläubiger.** Wenn diese Devisenverteilung auf den einen oder anderen Warenmarkt eine Einschränkung der Einfuhr zur Folge gehabt hat, so war das doch eine dringende Notwendigkeit.

Auf der anderen Seite ist die **deutsche Reichsregierung entschlossen, die deutsche Währung unter allen Umständen zu halten.** Im wohlverstandenen eigenen Interesse sollten die fremden Länder sich mit uns solidarisch fühlen. Deutschland ist bereit, sobald die erwähnten Voraussetzungen vorliegen, den **Abbau aller Handelshemmnisse einzuleiten** und sich darüber hinaus Vereinbarungen über einen **schrittweisen Abbau der Zollmauern** anzuschließen. Es gibt eine Hoffnung für alle Länder: **daß die Krise in den nächsten Wochen und Monaten auf der ganzen Welt so ungeheurer rapide Fortschritte machen wird, daß ein Warten auch nur um Wochen und Monate die Welt in eine Lage bringt, aus der dann vielleicht kein Ausweg mehr zu finden ist.** (Lärm bei den Kommunisten.) Dieses Wort wird für die Staatsmänner, mit denen ich in den letzten zwei Jahren gesprochen habe, nichts Neues sein. Keine Wirtschaftsform wird von diesen Konsequenzen verschont sein. (Zuruf von den Kommunisten: Rußland, das Land ohne Arbeitslose!) Es kommt darauf an, **ohne Uebertreibung in den nächsten Wochen jedem Bürger in jedem Staate die Gefahr einzuhämmern, vor der die Welt steht.** (Beifall bei den Regierungsparteien.) Mit einer Patentmedizin ist weder in Deutschland noch anderswo etwas zu bessern. **Ein Volk wie das deutsche muß in der entscheidenden Auseinandersetzung das Höchstmaß an Intelligenz und Organisationsfähigkeit aufbringen, um den Kampf am sichersten und längsten aushalten zu können.** Ich wende mich dagegen, daß immer wieder Persönlichkeiten aus der Wirtschaft oder sonst von einem drohenden schnellen Zusammenbruch Deutschlands oder außerhalb Deutschlands Märchen erzählen und die Termine dafür bereits angeben. **Wenn das deutsche Volk die Nerven behält, wenn das Letzte darangesetzt wird, durch Zusammenfassung der dem Volke zur Verfügung stehenden Kräfte, ist das deutsche Volk ganz bestimmt nicht dasjenige, das unter den ersten oder den nächsten sein würde, das infolge der allgemeinen Krise zusammenbrechen würde.** Ich bin mit meinen Mitarbeitern gänzlich zugänglich gegenüber jeder Art von Kritik, auch wenn sie noch so scharf ist. Nur eines kann ich nicht zulassen: eine Kritik, die keine Rücksicht nimmt auf die Erhaltung der Widerstandskraft des deutschen Volkes und auf die außenpolitische Situation. (Abg. Dr. Göbbels (NS.): Sie zerstören die Widerstandskraft durch die Auflösung der SA.!) Sagen Sie mir, was ich in den letzten zwei Jahren getan habe, um die Widerstandskraft des deutschen Volkes zu schwächen. (Lärm und Zurufe bei den Kommunisten: Sie haben uns ausgehungert!) Ich habe in den zwei vergangenen Jahren auch nicht so gehandelt, wie der Abgeordnete Göring sich gestern geäußert hat, daß ich mit Versprechungen begonnen hätte.

Ich habe im Lande von Anfang an erklärt, ich kann nichts versprechen; ich fasse es als meine Aufgabe auf, dem deutschen Volke die Wahrheit zu sagen. Diesen Weg werde ich unentwegt weitergehen. Denn die schwersten Hemmungen, die für Deutschland allein existierten auf dem unbedingt notwendigen Wege, sie sind überwunden, ohne daß es zu einem Zusammenbruch wirtschaftlicher oder seelischer Art gekommen ist. (Lärm bei den Kommunisten.) Auch als Außenminister bin ich verpflichtet, Ihnen (zu den Nationalsozialisten) **eine Warnung** und eine Bitte auszusprechen: Seien Sie in ihren **Unterhaltungen mit ausländischen Politikern etwas vorsichtiger!** Dieser mit erhobener Stimme ausgesprochene Satz wird von der Mehrheit mit lauten Hört-hört!-Rufen begleitet. Es ist nicht wünschenswert, daß das Ausland etwa auf Grund aller möglichen Privatschwätzereien hoffen könnte, daß eine nach mir kommende Regierung kompromißfreudiger sein würde. (Hört, hört! links. — Zurufe bei den Nationalsozialisten. — Abg. Berndt (Dntl.): Solche Methoden kennt man!) Sie wagen meine Methoden zu kritisieren, die Sie doch überall erklären, daß meine Außenpolitik dem deutschen Volke schädlich ist!

Zu den Aeußerungen des Abg. Strasser über die Pläne der Reichsregierung bezüglich der Arbeitsbeschaffung erklärt der Kanzler: In dem Punkte der Finanzierung scheiden sich die Geister. Ich lehne es unter allen Umständen bis zum äußersten ab, aus innen- und außenpolitischen Gründen, irgend etwas zu tun, was vorübergehend eine kleine Erleichterung bringen und vorübergehend populär machen könnte, was aber die Währung in schwerste Gefahr bringen müßte. Die hier gemachten Vorschläge würden eine gewisse Gefährdung der Mark zur Folge haben. (Abg. Strasser (NS.): Dann müßte durch Ihre Kreditpolitik die Mark in den letzten Wochen und Monaten schon glänzend inflatiert sein.) Wir müssen Wege wählen, die ganz klar sind, wir müssen alles tun, um zu verhindern, oder auch nur den Glauben wachzurufen, daß wir gewissermaßen durch ein Hintertürchen doch eine Inflation herbeiführen wollen. Wir haben Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung, die jederzeit in Angriff genommen werden können. Wir sind an den Vorarbeiten für einen freiwilligen Arbeitsdienst, der sich den Vorschlägen der Parteien sehr weit nähert, und können damit auch alsbald anfangen. Es muß aber an eine kleine Finanzierung dieser Dinge gegangen werden können. Wir denken nicht daran, nur an die Sicherung des Reichsetats heranzugehen, **wir müssen Reich, Länder und Gemeinden unter allen Umständen gleichzeitig sichern,** denn es hängt davon der Kredit des Reiches und — leider auch — die gesamte Wirtschaft ab. Das ist nicht die Folge von Fehlern, die unter jedem politischen System in den vergangenen Jahren bei uns und in der ganzen Welt gemacht worden sind. Alle diese Aufgaben durchzuführen, ist aber nicht so leicht, wie manche Agitatoren das glauben. Es hat trotz aller Notlage des Mittelstandes — katastrophal ist z. B. die Lage im Baugewerbe — auf verschiedenen Gebieten bereits ein erfolgreicher Konkurrenzkampf des kleinen Unternehmers gegenüber dem größeren und größten eingesetzt. (Widerspruch links.) Wir wollen eine stärkere Berücksichtigung auch der kleinen und mittleren Unternehmer bei den Kreditgewährungen und eine stärkere regionale Gliederung der gesamten Bankinstitute. Es gehört dazu auch eine Umwandlung des Denkens der Menschen, die an der Spitze der Wirtschaftsorganisationen stehen. Das kann man nicht durch Notverordnungen. Wir müssen auch dafür sorgen, daß der Mittelstand nicht nach erfolgter Umschuldung zugrunde geht. Wir können auch mit der Siedlung im großen Maßstabe beginnen. Ich warne aber vor Illusionen.

Auf Zwischenrufe der Rechten geht der Kanzler kurz auf **das SA.-Verbot** ein und erklärt: **Das Verbot war gerechtfertigt.** Ich habe lange Zeit mit mir darüber gerungen. Es wird bei jeder Formation, die eine Gefahr dafür bildet, daß an die Stelle der Staatsautorität eine private Autorität gesetzt wird, gerade in diesen schwierigen Momenten unter allen Umständen durchzugreifen sein. **Wir müssen dafür sorgen, daß der Staat im Innern zur Ruhe kommt und die Leute nicht aus Angst das Geld von den Sparkassen holen.** (Lachen rechts.) Es wird gegenüber jedem Versuch, die Staatsautorität zu untergraben, eine feste Linie gegangen werden. Ich würde als verantwortungslos vor der Geschichte gelten müssen, wenn ich nicht endlich damit Schluß gemacht hätte. (Beifall bei den Regierungsparteien. — Zuruf rechts: Reichsbanner!) Die neue Notverordnung gibt die Garantie dafür, daß in Zukunft wenigstens nichts derartiges besteht und daß keine Mißdeutungen entstehen können in Zukunft, als ob eine Maßnahme einseitig gegen die eine Seite gerichtet wäre.

Diesmal kann die Lösung nicht so sein, daß durch ein Entgegenkommen Deutschlands in einem früher gewaltsam erzwungenen Sinne die Situation in der Welt sich ändern könne. Sie kann sich nur ändern, wenn **Klarheit in der Reparations- und in der Abrüstungsfrage geschaffen wird und wenn die Welt von dem wahnsinnigen System der Zerstörung des internationalen Verkehrs und Handels wieder abgeht.** Werden rechte Maßnahmen zur rechten Zeit durchgeführt, dann kann man allerdings zum ersten Male vielleicht von etwas wie Frieden seit dem Ende des Krieges überhaupt sprechen. Dann kommt auch das Gefühl aus der Welt heraus, daß viele der Sieger immer wieder ängstlich sind vor einem erneuten Kriege. Die **Sicherheit** ist am besten garantiert, wenn alle Völker frei für sich nach eigenen Gesetzen leben können, aber in Handelsvereinbarungen und im Handelsaustausch mit den anderen. Wenn es gelingt, anstelle der Scheinprosperität nach dem Weltkriege eine wirkliche langsam aufsteigende **dauernde Prosperität zu schaffen,** dann erst wird das Gefühl des Friedens in die Welt einziehen, und das Gefühl der Unsicherheit beseitigt sein, das so vernichtend auf die Kreditwirtschaft aller Völker gewirkt hat. (Beifall.) Ich halte es für notwendig, das von dieser Stelle aus **den Staatsmännern der ganzen Welt zu sagen.** Deutschlands Stimme in der Welt würde kräftigeren Widerhall finden, wenn in dem Kampf der Parteien eine gewisse Mäßigung eintreten würde. Ich rate Ihnen (nach rechts), in Ausdruck, Form und Inhalt der **Agitation sich rechtzeitig Mäßigung aufzuerlegen,** denn die Hoffnungen, die Sie mit Ihrer Agitation erweckt haben, werden Sie nie erfüllen können.

Mich berührt diese Agitation nicht, denn ich will nicht die Ruhe verlieren, die in den letzten 100 Metern vor dem Ziel absolut notwendig ist. (Stürmischer Beifall.) Unter lebhaftem Beifall schloß der Reichskanzler seine außenpolitischen Ausführungen mit der Erklärung, daß ein wirklicher Friedenszustand in der Welt erst eintreten könne, wenn die Abrüstungs- und Reparationsfrage im Sinne der deutschen Forderungen gelöst und wenn die handelspolitische Absperrung der einzelnen Länder beseitigt sei. Auf die Danziger und Memellandfrage will der Reichskanzler am Donnerstag in den vertraulichen Beratungen des auswärtigen Ausschusses eingehen.

In der weiteren Aussprache, die sich bis spät in die Nacht hinzog, nahm **Minister Schlange** als Kommissar für die Osthilfe das Wort, um sich zu dem **Mißtrauensantrag** zu äußern, der von der Wirtschaftspartei gegen ihn und gegen den Ernährungsminister Schiele eingebracht worden ist. Der Minister betonte, in der jetzigen Zeit der schwierigsten außenpolitischen Verhandlungen sei es notwendig gewesen, die Ernährungsgrundlage des Reiches sicherzustellen, auch wenn dabei gelegentlich die Interessen einzelner Gewerbetreibender nicht so berücksichtigt werden konnten, wie es sonst der Wunsch der Regierung ist. Er erläuterte dann die Maßnahmen, mit denen die Erledigung der Entschuldungsanträge erleichtert werden soll unter Berücksichtigung auch der Gläubigerinteressen.

Geheimrat Bosch über die Tributfrage

Frankfurt a. M., 10. Mai. In seiner Rede auf der Generalversammlung der IG. Farbenindustrie A.-G. betonte der von einer Auslandsreise zurückgekehrte Geheimrat Bosch, daß **die unmögliche Reparationsregelung** im Versailler Vertrag nach wie vor als die erste und wichtigste Ursache des Zusammenbruchs des Weltvertrauens angesehen werden muß. **Ohne dauernde und endgültige Reparations- und Schuldenregelung sei die Schaffung einer neuen Vertrauensbasis unmöglich.** Der Zusammenbruch der gesamten Weltwirtschaft erfordert, fuhr Geheimrat Bosch fort, unverzügliche Maßnahmen zur Ueberwindung der gemeinsamen Not, und zwar Maßnahmen, die den gesamten Fragenkomplex auf einmal und endgültig erledigen. Wir haben den energischen Willen, unsere privaten Schuldverpflichtungen abzudecken. Es ist die einhellige Meinung internationaler Wissenschaft und Praxis, daß das nicht nur durch Exportüberschüsse geschehen kann. Unser guter Wille wird gestört und gehemmt durch die **handelspolitischen Abschließungsmaßnahmen** gerade der Staaten, die unsere Exportwaren als Entgelt für Zahlungsverpflichtungen aufnehmen sollten. Man kann es der deutschen Wirtschaft nicht verdenken, wenn sie bei abnormen und verworrenen handelspolitischen Agressivmaßnahmen, die unseren Export überall treffen, Abwehrmaßnahmen ergreift. Ich halte es aber für grundsätzlich falsch, und muß dies hier noch einmal ausdrücklich betonen, diese Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt einer autarkischen Abschaltung der deutschen Wirtschaft von der übrigen Welt durchzuführen. Jeder internationalen Konferenz, die in der nächsten Zeit besonders dringend und wichtig sind, muß als Endziel vor Augen schweben die Lösung der Völker aus ihrer wirtschaftlichen Verkrampfung. Dies kann nur erreicht werden durch

1. die Streichung aller politischen Schuldverpflichtungen,
2. die Wiederherstellung einer gesunden Vertrauensbasis, und
3. durch den automatischen Abbau der Zollmauern und den Wiederaufbau der Handelsbeziehungen in gegenseitigem Vertrauen und gegenseitigem Verständnis.

Hetzjagd hinter Ellinor

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[6

„Sie brauchen keine Bedenken zu haben, gnädige Frau. Frau Hastings war meine Pflegemutter und ..."

„Oh! Sie sind ein Zögling von Frau Hastings? Das ist etwas anderes. Nur — ich möchte Sie vorbereiten, damit Sie nicht erschrecken. Die Jahre und ihre Krankheit sind nicht spurlos an Frau Hastings vorübergegangen."

„Ist Frau Hastings denn krank?"

„Jetzt geht es schon besser; aber sie war sehr krank. Aber, bitte, kommen Sie doch herein."

Die alte Dame öffnete die Haustür und ließ Ellinor in den kleinen Vorraum treten. Dort bat sie, Ellinor möge einen Augenblick warten. Dann verschwand sie hinter einer der in den Vorraum mündenden Türen.

Gleich darauf kam sie zurück und forderte Ellinor schweigend auf, näherzukommen.

Mit zaghaften Schritten betrat Ellinor den Raum, aus dem ihr eine warme Stubenluft entgegenwehte. Sie sah sich um: es war alles noch wie früher. Nichts hatte sich hier verändert; es war, als ob die Zeit stehengeblieben, als ob sie noch ein Schulmädel gewesen wäre. Sogar der kleine grüne Zeisig hüpfte in seinem Käfig hin und her, wie ehedem.

Und dort drüben, neben dem Fenster, saß eine Frau in dem großen, bequemen Polsterstuhl, mit einem gelblichen Gesicht und schneeweißen Haaren. Sie trug ein schwarzes Kleid und einen schwarzen Spitzenschal. Die rechte Hand krampfte sich um einen Stock.

Ellinor Grey blieb stumm an der Tür stehen. Das — das sollte Frau Hastings sein? Nein, so hatte sie ihre mütterliche Freundin nicht im Gedächtnis gehabt.

Nichts erinnerte an jene lustige, rotblonde Lehrerin, die aber auch so schrecklich ernst sein konnte und deren gütige Augen funkelten, wenn man seine Lektion nicht gelernt hatte.

Warum starrte Frau Hastings nur so unbeweglich nach ihr hin? Warum blieb sie so unheimlich still? Kannte sie ihren einstigen Zögling nicht mehr?

Ellinor mußte schwer aufatmen, und sie fuhr erschreckt zusammen, als plötzlich eine Stimme vom Fenster herüberklang:

„Ist jemand hier in meinem Zimmer?"

Entsetzt schaute Ellinor hinüber, ohne zu antworten. Die Frage wurde wiederholt:

„Wer ist denn hier?"

„Ich bin es, Ellinor Grey, Frau Hastings."

Halblaut hatte Ellinor geantwortet. Dann sah sie, wie die Frau im Lehnstuhl sich lauschend vorbeugte und den Kopf auf sie gerichtet hielt.

„Wer ist das?"

„Ellinor Grey."

Langsam trat sie näher.

„Bist du es wirklich, Kind? Bist du wirklich Ellinor Grey, meine Nelli, die mir von jenem Monsieur Leblay weggeholt worden war?"

Suchend streckte die alte Frau ihre Arme aus.

„Wo bist du, Kind? Willst du nicht zu mir herkommen?"

Zaghaft trat Ellinor heran, legte ihre Hände in die der alten Frau.

„Hier bin ich, liebe, gute Frau Hastings."

„Kind, mein liebes Kind ..."

In überströmender Zärtlichkeit zog Frau Hastings Ellinor zu sich heran.

„Nelli, meine kleine Nelli, oh ... daß ich dich nicht mehr sehen kann ..."

Tastend fuhren ihre Hände über Ellinors Gesicht, über ihre Haare. Leise drückte sie dann einen Kuß auf das Gesicht des Mädchens, über das langsam die Tränen liefen.

Oh, das war schrecklich! Frau Hastings war blind geworden; die gütigen, lieben Augen konnten sie nicht mehr sehen, waren tot und erloschen, für immer. Diese Augen, die voller Herzensgüte gewesen waren, die sich an allem Schönen so innig freuen konnten, waren tot. Ewige Nacht war es geworden um die einzige Freundin ihrer Jugend und ihres Lebens.

Ellinor schluchzte laut auf.

„Oh, Kind, warum weinst du? Warum bist du so traurig? Bist du über mich erschrocken? Das ist nicht so schlimm, meine kleine Nelli. Damit hab' ich mich schon lange abgefunden.

Aber erzähle mir von dir, Kind. Du mußt mir genau berichten, wie es dir die ganze Zeit über ergangen ist. Du glaubst ja nicht, wie ich mich um dich gesorgt habe. Wie meine Gedanken dich die ganzen Jahre über verfolgt haben. Ich hätte dich so gern zurückgeholt; aber ich konnte es doch nicht. Und immer wieder habe ich geschrieben, und alle Briefe wurden von deinem Stiefvater zurückgeschickt ..."

„Oh, Mütterchen Hastings, es war furchtbar. Die ganze Zeit über, seit ich von hier weg war. Keine frohe Stunde hatte ich mehr gehabt, die ganzen Jahre ..."

„Oh, meine arme Nelli ..."

„Damals, als mich Monsieur Leblay abholte, ahnte ich nicht, was mir bevorstand. Ich war ja kaum zehn Jahre alt, von Ihnen verwöhnt und verhätschelt worden, und wußte nichts von dem finsteren, bösen Leben da draußen.

Auf der Reise war er noch sehr nett und lieb zu mir und versuchte mich zu erheitern, so gut er konnte. Später erst konnte ich begreifen, welche Verstellungskünste dieser Mann hatte aufwenden müssen, um mich die erste Zeit über sein wahres Wesen täuschen zu können. Wie schwer es für ihn gewesen war, den zärtlichen und besorgten Vater vorzutäuschen, wo er in Wirklichkeit nichts anderes war als ein kalter, berechnender Egoist, ein wütender Tyrann.

Oh, Frau Hastings, ich kam in eine Hölle. Es fing gleich an, als wir nach Frankreich kamen. Ich war krank vor Sehnsucht. Zur Heilung verabreichte mir mein Stiefvater täglich Schläge. Je näher wir unserem Ziele kamen, um so brutaler wurde er.

(Fortsetzung folgt.)